



Das Amerikanische Museum
Sklaverei, Schwarze Geschichte und der
Kampf um Gerechtigkeit in Museen der
Südstaaten.
Von Cornelia Kogoj und Christian Kravagna
Wien: Mandelbaum Verlag 2019
268 Seiten; EUR 18,-
ISBN 978385476-589-9

History must restore what slavery took away

Eine Untersuchung amerikanischer Museen

Auf vier ausgedehnten Forschungsreisen durch die amerikanischen Südstaaten, aber auch nach Chicago oder Washington D.C., haben Cornelia Kogoj und Christian Kravagna über 80 Museen besucht, die sich mit Schwarzer Geschichte in den USA beschäftigen.

Die Autor*innen waren zunächst von einer Frage geleitet, die sich aus der eigenen wissenschaftlichen und kuratorischen Praxis ableitet, nämlich der Frage nach der (Selbst-)Repräsentation von unterdrückten Minderheiten in musealen Kontexten. Damit einher geht selbstverständlich auch die Frage nach einem kuratorisch kritischen Umgang mit jenen Dokumenten und Objekten, die diese Unterdrückung darstellen bzw. aus ihr entstanden sind – von den Werkzeugen und Schauplätzen grausamer Repression bis hin zu Karikaturen oder alltagskulturellen Gegenständen, die jene Repression verharmlosen.

So unterschiedlich wie ihre Größe, ihre Ursprünge, ihre Sammlungen und ihre Herangehensweisen, sind auch die politischen Intentionen, die sie mit den verschiedenen Museen verbinden. Es gehört zu den großen Vorzügen des „Amerikanischen Museums“, dass es uns gewissermaßen auf eine Entdeckungsreise durch diese so breitgefächerte Museumslandschaft mitnimmt. Dem forschenden Blick der Autor*innen folgend, können wir sie auf ihrem Weg durch Community-Museen, Heritage-Center, Kunstaustellungen, staatliche Civil-Rights-Museen oder Plantagenmuseen begleiten und nachvollziehen, wie Urteile und Erkenntnisse im Angesicht von Exponaten und in Gesprächen entstehen oder durch diese Erfahrungen auch revidiert werden müssen.

So offenbart sich erst anhand einiger kleinerer, aus Community-Initiativen entstandener Museen in Florida die wesentliche Funktion, die diese Orte im Kampf gegen die Gentrifizierung und gegen die Unterwerfung eines ganzen Landstrichs unter seine touristische Nutzung haben. Eine

weitere spannende Erkenntnis ist die Tatsache, dass gerade jene Sammlungen und Präsentationen, die aus dem Bedürfnis Schwarzer Communities entstanden sind, ihre eigene Geschichte zu dokumentieren, zu erzählen und weiterzugeben, niemals nur museale Orte sind: Es sind lebendige Bildungsorte, Gemeindezentren, Schulen, Treffpunkte, Cafés – öffentliche Orte, an denen die Alltagspraxis dieser Communities heute stattfindet.

Am anderen Ende des Spektrums befinden sich – auch touristisch konzipierte – Großprojekte wie das 2016 eröffnete *National Museum of African American History* in Washington D.C. oder das *National Civil Rights Museum* in Memphis, Tennessee, die mit großen Budgets, ebensolchem Aufwand und dem Anspruch nationaler Repräsentation die US-amerikanische Geschichte (um)schreiben wollen. Oder auch jene Plantagenmuseen, die nicht die Geschichte der versklavten Menschen erzählen, die dort ausgebeutet und misshandelt wurden, sondern eine alte Südstaatenherrlichkeit zu restaurieren trachten.

Was diesem gut lesbaren Hybrid zwischen wissenschaftlicher Untersuchung und Reisebericht aber seine äußerste Relevanz verleiht, ist der politische Hintergrund, vor dem die beiden Autor*innen ihre Reisen unternommen haben. Zwischen 2015 und 2018, in den letzten Jahren von Barack Obamas Präsidentschaft und dem Beginn derjenigen von Donald Trump, konnten die besuchten Museen mit ihren unterschiedlichen Zugängen nur vor der Folie der brutalen Widerlegung der behaupteten *post-racial society* durch die gesellschaftliche Realität gelesen werden. Die Polizeimorde an Schwarzen Jugend-

lichen wie Michael Brown in Ferguson, Missouri, oder Tamir Rice in Cleveland, Ohio, oder das rassistisch motivierte Massaker in der Kirche in Charleston, South Carolina, 2015, aber auch Trumps gesamter Wahlkampf beweisen auf das deutlichste, dass *race* und rassistische Diskriminierung nach wie vor ebenso auf der Tagesordnung stehen wie der Kampf dagegen.

Und so wird die Frage, mit welchen Strategien des Sammelns, Ausstellens, Verhandlens und Vermittlens Museen an diesem Kampf teilhaben und welche Funktionen sie dabei erfüllen können, zur eigentlichen Frage, die die Lektüre des „Amerikanischen Museums“ aufwirft. Und die auch für uns geltende Erkenntnis, dass es darauf zwar nicht nur eine, sondern zahllose Antworten gibt, dass aber eine Definition des Museums als Ort, in den man eine problematische Geschichte abschieben kann, um sie abzuschließen, zweifelsohne nicht dazu gehört.

Jessica Beer

¡No pasarán!

Die Frauenpolitik der Zweiten Republik

Angesichts der laufenden Angriffe auf bereits erkämpfte Errungenschaften – wie dies etwa die aktuelle Petition fairändern zeigt, die an der Fristenlösung zu rütteln versucht – kann dieser Band um Johanna Dohnal als dringend notwendiger Beitrag zur Bedeutung feministischer Kämpfe und Bündnisse gelesen werden.

Trotz zahlreicher Kämpfe von Frauen/Arbeiterinnen in den letzten Jahrhunderten war es um deren Selbstbestimmungsrechte in der österreichischen Nachkriegszeit äußerst schlecht bestellt. Laut des bis dahin geltenden patriarchalen Ehe- und Familienrechts aus dem Jahr 1811 war es Frauen nur mit Zustimmung ihres Ehemannes gestattet, berufstätig zu sein; sie verfügten über keinerlei Obsorgerechte nach einer Scheidung. Der Kampf um die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs war zudem dringend notwendig, war doch die Entscheidung von Frauen, „ob Kinder oder keine“, ergo die Gefahr für Leib und Leben bei unsachgemäßen Abtreibungen, immer auch eine Klassenfrage. Gewalt gegen Frauen war (und ist bis heute) nicht nur strukturell verankert, sondern wurde immer schon zu meist von Männern im sozialen Nahbereich verübt, was 1978 zur Eröffnung des ersten Frauenhauses in Wien führte.

Essentielle Rechtsreformen wie die des Gewaltschutzgesetzes sowie des Strafrechtsänderungsgesetzes, spiegelten weltweite Aufbruchsbewegungen wider, wodurch die Veränderung des Status quo mit Beginn der 1970er Jahre zunehmend wichtiger und schließlich die Forderung nach Frauenpolitik als eigenem Politikbereich lauter wurde. Dies fand durch die Schaffung des Staatssekretariats für Frauenfragen unter Leitung von Johanna Dohnal institutionelle Verankerung.

Der von Alexandra Weiss und Erika Thurner herausgegebene Band *Johanna Dohnal und die Frauenpolitik der Zweiten Republik* rückt genau diese Zeitspanne in den Fokus und beleuchtet die Pionierarbeit Dohnals als Frauenpolitikerin bis Mitte der

1990er Jahre. Die Einleitung gibt einerseits Einblicke in die Biografie der Politikerin, ihre allmähliche Etablierung in der SPÖ, die unter der Kreisky-Alleinregierung in besagtes Amt als Staatssekretärin und später in ihre Funktion als Frauenministerin mündete. Im Hauptteil kommt Johanna Dohnal mit ihren für die Innsbrucker Vorlesungen verfassten Schriften selbst zu Wort. Für die Leser*in ist es spannend zu erfahren, welche Ereignisse (jenseits ihrer sozialen Herkunft aus einer Arbeiter*innenfamilie) in ihrer politischen Laufbahn ihr Klassenbewusstsein geprägt haben, so etwa ihr Kontakt mit in großer Armut und desolaten Wohnverhältnissen lebenden Familien und ihr Wissen um die schlechten Bildungschancen für deren Kinder. Der spätere Kampf gegen den § 144, der den Schwangerschaftsabbruch generell unter Haftstrafe stellte und den Dohnal alternierend als „Klassen-, Knebel- oder Schandparagraph“ bezeichnete, hat u. a. darin seine Wurzeln.

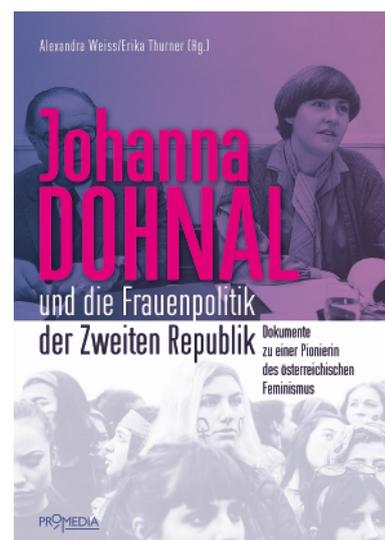
Was dieses Buch vor allem bietet, ist die Vergegenwärtigung und Sichtbarmachung von Dohnals Arbeitsweise über Parteigrenzen hinweg, ihrer Widerständigkeit und des feministischen Drucks, der durch Allianzen v. a. mit der Autonomen Frauenbewegung aufgebaut werden konnte. Dohnal öffnete die Partei und die SP-Frauenorganisation für Nicht-Mitglieder und ermöglichte eine verstärkte Zusammenarbeit mit Frauen aus unterschiedlichen sozialen und gesellschaftspolitischen Zusammenhängen, etwa im Rahmen der „Frauenservicestellen“, die auch mobil waren. Die ihr fortan wichtigste Leitlinie im Kampf gegen strukturellen Sexismus und für Selbstbestimmung fasst Johanna Dohnal so zusammen: „Von Anbeginn war es mein wichtigstes Arbeitsprinzip,

Politik nicht nur für die Frauen, sondern mit den Frauen zu machen.“ (S. 96)

Der letzte Abschnitt des Buches behandelt die Neoliberalisierung (beinahe) aller Lebensbereiche und den zunehmenden Backlash ebenso wie Perspektiven für eine emanzipatorische Politik, die – im Sinne Dohnals – die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum gesellschaftlicher Transformationsprozesse holen. Die Frage nach gerechter Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit bleibt bis heute ungeklärt, wobei die un(ter)bezahlte Arbeit v. a. auf (gesellschaftlich marginalisierte) Frauen ausgelagert wird. Gerade in Zeiten, in denen sich Angriffe auf reproduktive Rechte von Frauen durch rechtsextreme und homophobe Kräfte wie aktuell durch das europaweit agierende Netzwerk „Agenda for Europe“¹¹ mehren, sind die Verteidigung des Schwangerschaftsabbruchs und seine endgültige Eliminierung aus dem Strafgesetz notwendiger denn je.¹² Johanna Dohnals Politik gemeinsam mit der Autonomen Frauenbewegung, hat den Weg dafür ebnet und gezeigt, was durch die Bündelung vielstimmiger Kräfte („Zwei-Zangen-Strategie“) bewirkt werden kann.

Die Abschaffung des Frauenministeriums und andere soziale Kahlschläge, von denen v. a. Frauen verstärkt betroffen waren, hat Johanna Dohnal am Beginn der 2000er Jahre veranlasst, regelmäßig auf die Donnerstagsdemos zu gehen. Das Buch kann also in diesem Sinne einen Anstoß geben, sich feministisch zu organisieren, sich zu verbünden und für (geschlechter-) gerechtere Verhältnisse zu kämpfen und so der Entfremdung und Entsolidarisierung entgegenzutreten.

Nima Obaro



Johanna Dohnal und die Frauenpolitik der Zweiten Republik.

Dokumente zu einer Pionierin des österreichischen Feminismus.

Von Alexandra Weiss und Erika Thurner (Hg.)

Wien: Promedia 2019

240 Seiten; EUR 25,-

ISBN: 978-3-85371-454-6

¹¹ https://www.epfweb.org/sites/epfweb.org/files/rtno_epf_book_lores.pdf

¹² Abbrüche werden in Österreich – anders als in fast allen westeuropäischen Ländern – nach wie vor nicht von der Krankenkasse übernommen.